

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 17/3118 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon

A. Problem

Durch den am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ist die Europäische Union an die Stelle der Europäischen Gemeinschaft getreten. Vor diesem Hintergrund besteht das Erfordernis, das Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon anzupassen. Bezüglich der Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen zur Konkretisierung der nebenstrafrechtlichen Blankettvorschriften ist eine Anpassung wegen des strafrechtlichen Bestimmtheitsgebots unabweislich.

B. Lösung

Anpassung des nationalen Rechts im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon.

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, entstehen nicht. Auswirkungen auf Einzelpreise, das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Die öffentlichen Haushalte werden nicht belastet, so dass dieses Gesetz keine mittelbar preisrelevanten Wirkungen hat.

F. Bürokratiekosten

Mit dem Gesetz werden für die Wirtschaft, die Verwaltung oder die Bürgerinnen und Bürger Informationspflichten weder eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/3118 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 27. Oktober 2010

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldman
Vorsitzender

Dr. Max Lehmer
Berichterstatter

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Max Lehmer, Elvira Drobinski-Weiß, Dr. Erik Schweickert, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf **Drucksache 17/3118** in der 65. Sitzung am 7. Oktober 2010 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Durch den am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ist die Europäische Union an die Stelle der Europäischen Gemeinschaft getreten. Vor diesem Hintergrund besteht das Erfordernis, das Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon rechtstechnisch anzupassen.

Mit dem Gesetzentwurf soll das nationale Recht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Land-

wirtschaft und Verbraucherschutz an die geänderte Rechtslage auf der Ebene des europäischen Rechts – im Wesentlichen redaktionell – angepasst werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 26. Sitzung am 27. Oktober 2010 den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 17/3118 beraten und einstimmig dem Deutschen Bundestag die Annahme empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 24. Sitzung am 27. Oktober 2010 den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 17/3118 abschließend ohne Debatte beraten und einstimmig dem Deutschen Bundestag die Annahme empfohlen.

Berlin, den 27. Oktober 2010

Dr. Max Lehmer
Berichtersteller

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstellerin

Dr. Erik Schweickert
Berichtersteller

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstellerin

Ulrike Höfken
Berichterstellerin